

Warnung vor anonymen Abo-Anrufern

Leipzig (r.). In den letzten Tagen haben sich bei den Abonnenten dieser Zeitung verstärkt Anrufer im Namen der Leipziger Volkszeitung gemeldet und gezielt nach Abonnement-Daten gefragt. Die Rufnummer wurde dabei unterdrückt, so dass die Anrufer anonym bleiben konnten. Verlag und Redaktion der Leipziger Volkszeitung warnen an dieser Stelle ausdrücklich davor, diesen dubiosen Anrufern Auskünfte über die Abo-Nummer und die Bankverbindung zu geben. Es handelt sich bei diesen Anrufern nicht um Mitarbeiter der Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft (LVVG). Anrufe im offiziellen Namen der LVVG sind unter anderem daran zu erkennen, dass – so wie gesetzlich vorgeschrieben – die Rufnummer immer im Display erscheint.

Bündnis für soziales Sachsen sorgt für Kritik

Dresden (dpa). Das Bündnis für ein soziales Sachsen entzweit schon vor seiner Gründung die Gemüter. Befürworter und Gegner lieferten sich gestern einen verbalen Schlagabtausch. CDU-Sozialpolitiker Alexander Krauß hielt die Forderungen der Akteure angesichts der Finanzsituation für „völlig unrealistisch“. „Wir brauchen kein Bündnis der Besitzstandswahrer, sondern Verbände, die sich mit eigenen Vorschlägen einbringen.“ Die SPD sprach von zynischen Äußerungen und verlangte eine Entschuldigung von Krauß. Das Bündnis formiert sich als Reaktion auf Sparpläne im Sozialbereich. Die beabsichtigten Kürzungen summieren sich auf rund 7,7 Millionen Euro. Außerdem sind Streichungen bei der Jugendarbeit, bei freien Trägern sowie beim Freiwilligen sozialen und ökologischen Jahr geplant. 2006 standen für alle diese Bereiche 24 Millionen Euro vom Land zur Verfügung, jetzt sollen es nur noch rund 16 Millionen Euro sein.

Bereits 13 000 Euro für Großenhain gespendet

Großenhain (ddp). Nach den schweren Verwüstungen durch einen Tornado in Großenhain sind auf dem von der Stadtverwaltung eingerichteten Spendenkonto bereits 13 000 Euro eingegangen. Darunter seien kleine Privatspenden, aber auch mit 10 000 Euro ein hoher Spendenbetrag von der Stadt Grimma, wie Stadtsprecherin Diana Schulze gestern mitteilte. Der Tornado hat allein an öffentlichen Gebäuden Schäden von etwa acht Millionen Euro verursacht. Weit mehr als 3000 Gebäude seien beschädigt.

Uhu verursacht Verkehrsunfall

Kaulsdorf/Saalfeld (dpa). Ein Uhu hat in Kaulsdorf (Kreis Saalfeld-Rudolstadt) einen Verkehrsunfall verursacht, als er gegen ein Auto flog. Die 28 Jahre alte Fahrerin war in der Nacht zu gestern auf der Bundesstraße 85 in Richtung Saalfeld unterwegs, als sie einen Schlag gegen ihren Wagen bemerkte. Der Uhu blieb nach dem Zusammenstoß verletzt im Straßenrand liegen. Polizisten brachten den seltenen Vogel zur Dienststelle, wo er sich in einer Zelle von dem Schreck erholt.

Diakonie ruft zu Hilfe für die Flutopfer auf

Dresden (epd). Die Diakonie Sachsen hat zu Spenden für die Flutopfer in Polen aufgerufen. Viele Familien seien so stark betroffen, dass ihre Lebensgrundlage bedroht ist, erklärte der evangelische Wohlfahrtsverband gestern in Radebeul. Spenden können unter dem Kennwort „Fluthilfe Mitteleuropa“ auf das Konto 100100100 bei der Landeskirchlichen Kreditgenossenschaft Sachsen (LKG) BLZ 85095164 überwiesen werden.

Würgeschlange im Erzgebirge gefunden

Aue (dpa). Einigen Mut bewies ein Gartenbesitzer im erzgebirgischen Aue: Zwischen seinen Beeten entdeckte er eine nordamerikanische Kornnatter. Er packte die etwa 70 Zentimeter lange Würgeschlange in einen Eimer und übergab sie dem Tiergarten „Zoo der Minis“. „Sie ist zwar nicht giftig, aber bissig“, sagte gestern Zoochef Christian Scholler. Vermutlich sei dem Besitzer die Pflege des Tieres zu kompliziert geworden und er habe sie ausgesetzt.

REGION KOMPAKT

Knapp ein halbes Jahr nach der Tötung einer Dresdner Abiturientin ist Anklage wegen Mordes gegen einen 33-jährigen Pakistaner erhoben worden. Syed R. wird vorgeworfen, die 18-Jährige am 15. Dezember umgebracht zu haben, wie die Staatsanwaltschaft Dresden gestern mitteilte.

Obst und Gemüse sollen für Sachsens Kinder nicht nur abgepackt aus dem Supermarkt kommen. Deshalb eröffnete gestern Umweltminister Frank Kupfer (CDU) in Wurzen die Aktion „Lernen im Obst- und Gemüsebaubetrieb“. Rund 30 Betriebe in Sachsen nehmen bisher an der Aktion teil.

Die Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt waren 2009 häufiger krank. Im Bundesdurchschnitt lag der Krankenstand bei den Erwerbstätigen bei 3,4 Prozent, in Sachsen-Anhalt bei 4,2 Prozent, teilte die DAK gestern mit.

Thüringen: Rentenansprüche für Minister auf dem Prüfstand

Landtagsfraktionen für Kürzungen / Regierung kündigt eigenen Gesetzentwurf an

Erfurt (ddp). Die Thüringer Landtagsfraktionen haben sich gestern im Landtag überwiegend für eine Kürzung der Rentenansprüche für Minister ausgesprochen. Debattiert wurde über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion. Die FDP äußerte sich skeptisch gegenüber Einschnitten. Die Landesregierung kündigt einen eigenen Gesetzentwurf an.

Nach dem Vorschlag der Grünen sollen die erworbenen Ruhegeldansprüche als Mitglied der Landesregierung erst ab Er-

reichen des Rentenalters und nicht früher ausgezahlt werden. Außerdem soll es eine Deckelung der Ruhegelder bei 71,75 Prozent der Bezüge (bisher 75 Prozent) sowie eine Anrechnung weiterer Einkünfte geben.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD wollen die Deckelung mittragen. Auch über die Verrechnung von Nebeneinkünften und über weitere Schritte müsse diskutiert werden, sagte der SPD-Finanzexperte Werner Pidde: „Wenn wir gute Minister haben wollen, dann müssen

sie auch ordentlich bezahlt werden.“

Die Grüne-Fraktionschefin Anja Siegemund betonte, dass die „völlig überzogenen Regelungen“ nicht bestehen bleiben könnten. „Die Bezüge sind zu hoch und müssen geändert werden.“ In anderen Bundesländern wie Rheinland-Pfalz und Sachsen sei die Deckelungshöhe von 71,75 Prozent längst umgesetzt.

Bislang erwirbt den Grünen zufolge ein Minister nach zehn Jahren Landtagszugehörigkeit und weiteren fünf Jahren im Amt einen Ruhegehaltsanspruch in

Höhe von mindestens 62,5 Prozent der Ministerbezüge. Die Auszahlung beginne dabei sofort nach dem Ausscheiden aus dem Amt, nicht erst mit dem Eintritt ins Rentenalter.

Die Landesregierung will nach Angaben von Staatskanzleichef Jürgen Schöning (parteilos) noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorlegen. Der FDP-Haushaltsexperte Lutz Recknagel reagierte mit Skepsis auf die Vorschläge der Grünen. Es sei wünschenswert, Minister nicht nur aus dem öffentlichen

Dienst, sondern auch aus der Wirtschaft zu rekrutieren. Dazu müssten die in der Branche üblichen Regelungen beachtet werden. Die Linke-Landtagsfraktion forderte neben den Vorschlägen der Grünen auch die Einführung einer Karenzzeit. Zwischen der Aufgabe eines Ministeramtes und der Aufnahme einer neuen Tätigkeit in der Wirtschaft müssten laut den Linken fünf Jahre vergehen. Damit solle dem Lobbyismus ein Riegel vorgeschoben werden, sagte der Linke-Landeschef Knut Korschewsky.

Brand-Serie

Polizei ermittelt zwei weitere Tatverdächtige

Oschatz/Leipzig (GL). Nachdem die Polizei nach der Brand-Serie in Oschatz am Mittwoch zwei mutmaßliche Brandstifter fassen konnte, beschäftigt sich seit gestern die Staatsanwaltschaft Leipzig mit diesem Fall. Die Akte der Jugendlichen (beide 18) sei gestern bei der Ermittlungsbehörde eingegangen. Jetzt könne der zuständige Staatsanwalt Einsicht nehmen. „Möglicherweise wird auch hier wegen vorsätzlicher Brandstiftung ermittelt. Aber das kann ich noch nicht bestätigen“, so Ralf-Uwe Korth von der Anklagebehörde.

Die beiden jungen Männer sollen am frühen Mittwochmorgen viermal Feuer gelegt haben: Unter anderem in der Gaststätte Neues Forsthaus, die völlig niederbrannte. Die mutmaßlichen Täter, denen möglicherweise Brandstiftung in vier Fällen vorgeworfen werden wird, müssen laut Strafgesetzbuch mit einer Strafe von bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen, so der Jurist.

Zwei Tatverdächtige, die für das Feuer verantwortlich sein sollen, das den Königreichsaal der Zeugen Jehovas in Oschatz vernichtet hat, sitzen bereits in Untersuchungshaft. Gegen sie wird wegen vorsätzlicher Brandstiftung ermittelt, sagte Korth.

Aschersleben

111 111. Besucher auf Landesgartenschau

Aschersleben (B.L.) Auf der Landesgartenschau in Aschersleben ist gestern der 111 111. Besucher begrüßt worden. Monika Graupner aus Löbnitz im Erzgebirge wurde von Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aikens (CDU) und Oberbürgermeister Andreas Michelmann (parteilos) mit einem Blumenstrauß, einem Übernachtungsgutschein für ein Hotel am Arendsee und einem 100-Euro-Gutschein der Salzländersparkasse überrascht. „Das hätte ich mir heute Morgen nicht träumen lassen“, sagte Monika Graupner, die sich mit ihrem Mann Thomas nach Aschersleben aufgemacht hatte. „Der Strom der Besucher scheint nicht abzubrechen. Das ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die Gartenschau und die Stadt Aschersleben angenommen werden“, so Erhard Skupch, Geschäftsführer der Landesgartenschau. Möglicherweise werde die anvisierte Besucherzahl von rund 400 000 bis Ende der Gartenausstellung am 10. Oktober übertroffen.

Die Blumen- und Pflanzenschau wurde unter dem Motto „Natur findet Stadt“ am 24. April eröffnet. Es ist die dritte Landesgartenschau nach Zeit 2004 und Wernigerode 2006 in Sachsen-Anhalt. Nächster Höhepunkt ist der 30. Mai. An diesem Tag wird im Bestehornpark die Meisterschülerausstellung des Leipziger Künstlers Neo Rauch eröffnet.

Halle

Abrissarbeiten am Riebeckplatz

Halle (B.L.) Nachdem sich Halles Stadträte am Mittwoch mehrheitlich für den Abriss der Hochhäuser am Riebeckplatz entschieden hatten, ein Rettungsverbot der Linken fand nicht die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit, begannen gestern bereits erste Demontearbeiten. Am sogenannten Nordturm werden zunächst Kücheneinbauten, Herde, Fußbodenbeläge und Türen entfernt. Zugleich soll das Hochhaus innerhalb der kommenden Wochen eingerüstet werden. Das Gerüst sei notwendig, so die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG), um das Gebäude Etage für Etage sicher zurückzubauen. Ihre Entscheidung gegen eine weitere Nutzung der unbewohnten und sanierungsbedürftigen Türme hatte die HWG im Frühjahr angesichts der immensen Kosten einer Sanierung von etwa 16 Millionen Euro getroffen. Über die Zukunft der beiden 22-Geschosser wird in Halle bereits seit Jahren kontrovers diskutiert. Eine Bürgerinitiative sammelte bis Mitte Mai über 8000 Unterschriften für die Erhaltung.

Am 28. Juni soll der tatsächliche Rückbau starten. Nach den Plattenwänden soll das Stahlgerippe abgebaut werden. Der südliche Turm wird voraussichtlich am Jahresende fallen. Die mit Zwei- und Drei-Raum-Wohnungen ausgestatteten Hochhäuser waren Ende der 1960er Jahre während der vollständigen Umgestaltung des Thälmannplatzes, wie der Riebeckplatz zwischen 1945 und 1991 hieß, entstanden



Krabat im Knast

Theater als Therapie: Strafgefangene der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dresden proben im Innenhof das Theaterstück „Lauf, Krabat“. Die Inszenierung von Regisseurin Antje Grüner der sorbischen Sage von Krabat wird am 18. Juni in der JVA einem öffentlichen Publikum präsentiert. Mit dem Stück beteiligen sich die Laiendarsteller an den Thea-

tertagen des Sächsischen Justizvollzugs vom 17. bis 20. November 2010. Neben den Haftanstalten Dresden und Zeithain sind auch das Theater Junge Generation und das Staatsschauspiel Dresden sowie der Maßregelvollzug Arnsdorf beteiligt. Initiator des Projektes ist der Verein Kunst im Gefängnis. Foto: dpa

Streitfall Müllgebühren

Viel Unruhe und höchste Kosten: Abfallentsorgung der Kreiswerke Delitzsch mit Nebengeräuschen

Delitzsch. Die Liste der Querelen um die Kreiswerke Delitzsch ist lang: Jüngst der Großbrand, davor Ermittlungen wegen Korruption, Ärger um Müllzwischenlager, eine Kakerlakenplage und Streit mit einem Deponiebetreiber. Derzeit läuft ein EU-Verfahren wegen unlauteren Wettbewerbs. Zudem sind laut Umweltministerium die Abfallgebühren in Delitzsch die höchsten in Sachsen.

Von ANDREAS FRIEDRICH

Die EU-Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen beklagt, dass der einstige Landkreis Delitzsch 2005 in einen bestehenden Vertrag zur Müllentsorgung einen Kündigungsverzicht aufnahm. Anschließend wechselte der private Gesellschafter, der 45 Prozent der Anteile hält, Brüssel sieht darin einen Verstoß gegen das Verbot und bietet zwei Lösungen an: Entweder Kündigung und Neuausschreibung des Vertrages, oder aber Annullierung des Kündigungsverzichts und Neuausschreibung der privaten Beteiligung. Passiere dies nicht, werde man den Europäischen Gerichtshof anrufen, der eine drastische Strafe gegen die Bundesrepublik verhängen könne. Das kann in Millionenhöhe gehen.

Michael Czupalla (CDU) gibt sich gelassen. „Wir wissen von dem Verfahren nur aus der Zeitung. Aber wir haben eine Kanzlei eingeschaltet“, sagt der Aufsichtsratschef und Landrat des Landkreises Nordsachsen. Er hält den Vertrag für sicher. Der sei mit der Landesdirektion abgestimmt. Die aber sieht das ganz anders und teilt mit: „Der Verzicht auf Ausübung des ordentlichen Kündigungsrechtes bis 2025 hätte eine Neuausschreibung zur Folge haben müssen.“ Die Begründung: „Der Kündigungsverzicht stellt eine Vertragsänderung dar, die so wesentlich ist, dass sie einer Neuvergabe gleichkommt.“ Die Gemengelage klingt kompliziert.

Letztlich geht es um juristische Feinheiten. Dabei sollten die seit 2005 europarechtlichen Abfallgesetze eigentlich dafür sorgen, dass kein Müll mehr unbehandelt deponiert wird. Umweltschutz und Transparenz waren die Motive der EU. Tatsächlich lässt sich mit dem Müll seitdem so viel Geld verdienen, dass überall Anlagen zur Sortierung und Verbrennung entstanden, Abfall zügewise durch halb Europa gekarrt oder illegal in Tongruben verklappt wird. Durch die Konkurrenz sanken zwar die Entsorgungspreise. Die Abfallgebühren purzelten aber kaum. Denn die Bürger zahlen, wenn ein Müllentsorger unrentabel arbeitet, weil er überdimensioniert ist oder es zu viele davon gibt. Ein unkündbarer Auftrag zur Müllentsorgung kommt, wie der liberale Europaabgeordnete Holger Kraemer dieser Zeitung sagte, „einer Lizenz zum Geldrücken gleich“. Die Kreiswerke Delitzsch genießen dieses Privileg bis 2025. Trotzdem musste der Kreisrat bereits mit einer Finanzspritze über eine Durststrecke helfen.

Neben dem Einsammeln des Abfalls stellt das Unternehmen Carbo light her. Ein Ersatzbrennstoff, etwa für Zementwerke, der aus den undeponierbaren, aber energiereichen Müllresten gewonnen wird. Die wurden zunächst in Zwischenlagern gesammelt. Eines verursachte eine Ungezieferplage, eines wurde vom Umweltministerium geschlossen, eines – das auf dem Firmengelände – brannte im April lichterloh.

Darüber hinaus gibt es Streit. Zwischen der Deponie Cröbern und den Kreiswerken sind mehrere Gerichts- und Schiedsverfahren über Güte und Preise der Kunststoffschneppel anhängig. Es gab Vertragsverletzungen und Kündigungen – beiderseits. Inzwischen zahlt Cröbern an die Kreiswerke für die Abnahme einer Tonne heizwertreiche Fraktion nur noch 71,50 statt wie lange 90 Euro. „Diese Preissenkung hat Einfluss auf die Müllgebührenhöhe in Leipzig und Delitzsch“, sagt André Albrecht, Geschäftsführer des Zweckverbandes Abfallwirtschaft West-

sachsen (ZAW), der die WEV in Cröbern betreibt. Nordsachsen wirft dem Unternehmen vor, dass die Entsorgungskosten für den Hausmüll „sich leider in den letzten Jahren permanent nach oben entwickelt haben“. Dies sei aus Sicht des Landkreises „ein wesentlicher Ansatzpunkt, um Gebührenentlastung für die Bürger zu erreichen“. Das weist ZAW-Geschäftsführer Albrecht zurück. Tatsächlich zahlt ein Drei-Personen-Haushalt mit einer 120-Liter-Hausmülltonne, die neun Mal im Jahr entleert wird, in Leipzig 91,11 Euro, im Muldental 116,57, im Kohrener und Neuseenland 141,52, im Altkreis Torgau/Oschatz 156,78 und im Altkreis Delitzsch 181,98 Euro (diese Zeitung berichtete). „Alle diese Kreise lassen ihren Müll nach Cröbern bringen“, so Albrecht.

Dass die Delitzscher Gebühren durch einen Interessenkonflikt zwischen kommunalem und privatem Gesellschafter der Kreiswerke hochgetrieben werden, weist Landrat Czupalla zurück. Er gibt zwar zu, dass ein privater Mitgesellschafter auch mal andere Auffassungen habe. Da sei normal. Weil die hohen Delitzscher Müllgebühren nicht erklärt werden, schießen die Vermutungen ins Kraut. Vom Czupalla-Kombinat ist die Rede, das noch andere Aufgaben habe. Michael Friedrich, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Kreistag und 2001 Czupalla-Konkurrent um das Landratsamt, moniert, dass dieser sich von den Kreiswerken die Wahlplakate hat finanzieren lassen. Auch das einstige Sponsoring für die Concordia-Handballer sehen manche mit zwiespältigen Gefühlen. Immerhin sind die Kreiswerke mit über 200 Beschäftigten ein wichtiger Arbeitgeber in einer gebeutelten Region. Das EU-Verfahren kann zwar Jahre dauern. Wie das Unternehmen ein hohes Strafgeld oder eine Neuausschreibung der Müllentsorgung verkraftet, ist völlig unklar. Am Ende könnte dies beim Steuerzahler hängen bleiben.



Sorgte für Schlagzeilen: Der Großbrand in den Mülldepos der Kreiswerke Delitzsch Anfang April. Foto: Lutz Schmidt

„Begegnung mit Schlossherrn inklusive“

Verein privater Denkmaleigentümer mit eigener Internet-Seite / Alle Termine der Leser-Tour

Leipzig. Tausende Leser haben bisher an der Tour Schlossmenschens dieser Zeitung teilgenommen. Nun besitzt der Dachverein der privaten Schlossbesitzer, der 2008 gegründete Verein privater Denkmaleigentümer in Sachsen, auch eine eigene, optisch anspruchsvoll gestaltete Internetseite. „Das ist letztlich dem großen Interesse an der Serie geschuldet“, sagt Jana Klinger-Brandes von Schloss Beucha, die für die Gestaltung der Seite verantwortlich zeichnet und an der Seite ihres Mannes, Wulf Gunter Brandes, die Geschichte des Vereins mitlenkt. „Immer wieder tauchten an den Wochenenden mit den Lesern Fragen auf wie: Was veranstalten Sie denn sonst so? oder: Wann kann man wiederkommen?“

Darauf gibt es fundierte Antworten. Die 48 zusammengeschlossenen pri-

vaten Landschlösser, Herrenhäuser und Burgen Sachsens präsentieren sich ab sofort unter www.schloessermitteldeutschland.de. Das sind derzeit vor allem Häuser aus Sachsen und Sachsen-Anhalt. Anfragen aus Thüringen lägen aber auch schon vor, sagt Klinger-Brandes.

Die gemeinsame Seite verlinkt nicht nur übersichtlich alle Einzel-

seiten, sondern sie beschäftigt sich auch mit bestimmten Schwerpunktthemen. So können Interessierte auf einen Blick erfahren, wo und wann welche Kulturveranstaltungen geplant sind. Das können sowohl Konzerte, als auch Reit- und Wandertouren sein oder Fahrradtouren von Schloss zu Schloss. Kammermusikabende gehören ebenso zum

SCHLOSSMENSCHEN



Die neue Internetseite vereint alle privaten Schlösser, Herrenhäuser und Burgen Sachsens. Foto: web

Programm wie Open Airs oder bildende Künstler, die sich und ihre Werke im ganz besonderen Ambiente präsentieren.

Wer feiern, tagen, essen oder übernachten möchte, wird gleichfalls schnell fündig. „Für den besonderen Anspruch stehen unsere privaten Schlosshotels zur Verfügung oder auch die charmant-rustikalen Übernachtungsmöglichkeiten der Herrenhäuser, Begegnung mit dem Schlossherrn und der Schlossherrin inklusive“, heißt es da vielversprechend.

Natürlich gibt es den Fahrplan der aktuellen Schlössertour dieser Zeitung und die Möglichkeit mit dem Verein unkompliziert in Kontakt zu treten. Am kommenden Wochenende öffnet übrigens Schloss Diekau seine Pforten. Roland Herold

www.schloesser-mitteldeutschland.de